

Wohnpreis:
Mietzshft. 12,50 M., monatl. 4,70 M.
bei ins Haus voraus zahlbar.
Monatlich 4,50 M., evtl.
Zahlungsbücher.
Unter-Krausland für
Deutschland und Österreich-Ungarn
7,75 M., für das übrige Ausland
12.— M., bei Uebernahme
10.— M. + Porto-Kaufschlag.
Vorbereitungen nehmen an
Dänemark,
Holland, Venedig, Schweden und
die Schweiz.
Eingetragene in der
Veröffentlichung.
Der „Vorwärts“ mit der
Sonntagsbeilage „Voll u. Gut“
erscheint wochentags
zweimal. Sonntags
einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelheftpreis:
Die sozialistische
Wochenzeitung
„Vorwärts“
ist ein
„kleines
Magazin“,
das
„unverwundlich“
ist,
weil
es
„keine
Kriegs-
gefahr“
hat,
weil
es
„keine
Kriegs-
steuer“
zahlt,
weil
es
„keine
Kriegs-
steuer“
zahlt,
weil
es
„keine
Kriegs-
steuer“
zahlt.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 28. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 11732-34.

Mißverständene Höchstmieten.

In die Spitze gehbt: die preussische Höchstmieten-
verordnung (H.M.V.) will den bestehenden Mieterschutz
erhöhen. Nur dieser Wille ist ihr Daseinsrecht. Denn die für
das Reich geltende Mieterschutzverordnung (R.S.M.V.) (§ 5a)
gestattet den Ländern Sonderrecht nur zur Abstellung außer-
gewöhnlicher Mißstände als Folgen der Not. Jede Ver-
stärkung der H.M.V. muß daher, um gültig zu sein, als ver-
stärkter Mieterschutz gewertet werden können.

Die H.M.V. vom 9. Dezember 1919 will Höchstpreise für
Mieträume schaffen. Gemeindevorstände und Ausschüsse von
Wohnungsverbänden sind damit betraut. Eine Zwangsgrenze soll
für fünfjährige Mietsteigerungen, aber darüber hinaus eine Zwangs-
ermäßigung für gegenwärtige Leberhöchstmieten. Der Grund-
gedanke: eine Generalreparatur der Sprüche der Einigungs-
ämter und der außeramtlichen Preisabreden in Form einer
Höchstmiete, ein Aufheben aller Mißverständnisse. Der
Klang ist gut. Was sind aber Weg und Wirkung der Ver-
ordnung?

Der Minister will — das sagt er im Ausführungsberath
— 1. keinen Zuschlag über 15-20 Proz. zur Friedensmiete
geben. Eine entsprechende Ermäßigung der Anzahl höherer
Mieten wäre die Folge. Insofern ist die Verordnung zweifel-
los schutzbringend für Mieter. Der Zuschlag von 15 bis
20 Proz. ist aber 2. nur ein Teilzuschlag. Denn wenn der
Vermieter mit den so begrenzten Einnahmen nicht auch die not-
wendigen Reparaturen am Hause oder in den Einzelräumen be-
streiten kann, so können die Kosten dafür auf die Mieterlast des
Hauses oder die einzelnen Mieter für bestimmte Zeiten umgelegt
werden. Die Umlegbarkeit der Kosten aller Reparaturen ist
nach dem Ausführungsberath nicht zu bestreiten. Hier gibt
der Minister den Vermietern den guten Rat, sie sollten in
ihren Verträgen nicht mehr die Mieter zu Trägern der Re-
paraturlast machen, denn das würde (nach § 8, Abs. 2) künftig
wie eine erhöhte Mietzahlung angesehen werden und zur
Minderung der eigentlichen Miete dann führen, wenn die
Gesamtleistung des Mieters die Höchstgrenze übersteigt. Dieser
Gefahr der Mieterlastung entgegen, so meint der Minister,
die Vermieter, wenn sie die Abwälzung der Instandhaltungs-
pflicht nicht schon im Verträge vornehmen, sondern sich erst
im Laufe der Vertragszeit für die einzelnen notwendig wer-
denden Instandsetzungen mit Hilfe des Einigungsamts bezahlt
machen.

Dann zahlt z. B. R. für seine Zweizimmerwohnung im
Friedensjahreswert von 500 M. nicht mehr 650 M. wie bis-
her, sondern nur 500 + 20 Proz. = 600 M. Während er
aber bei 650 M. die Instandhaltung der Wohnung auf Kosten
des Wirts verlangen konnte, geben die Reparaturen, die er
bei 600 M. verlangt, auf seine eigenen Kosten. Größere Zuschläge für Reparaturen (Dachstuhl, Fassade)
würden natürlich auf mehrere Jahre verteilt werden. Kein
Minister will uns klar machen können, daß unsere im Kriege
verwahrlosten Kleinwohnungshäuser mit Jahreszuschlägen von
weniger als 50 M. für die Wohnung renoviert werden können.
An Stelle der 50 M. tritt also gewiß, nur ungewiß wann und
wofür, ein ungewiß wieviel höherer Zuschlag. Die Gefahr
vor ihm lastet auf der Wirtschaft des kleinen Mannes und
macht ihre Planmäßigkeit unmöglich.

„Uneträglich hohe Zuschläge dürfen dem einzelnen
jeweiligen Mieter nicht zugemutet werden“, sagt freilich der
Minister. Immerhin also soviel, als der Mieter nach
der (immer oberflächlichen) Schätzung des Einigungsamts
betragen kann. Die Folge ist, daß der Kleinmieter
entweder selbst die Reparaturen bezahlt — und die Erlaubnis
dazu hätte ihm der Wirt auch ohne die H. M. V. erteilt —
oder daß er in seinen vermahlerten Räumen ohne allen
Widerspruch verbleiben weiter muß, damit
nur so nicht der Wirt von der scharfschneligen Reparatur-
umlage des § 10 Gebrauch mache. Kein Gedanke, daß das
Vertrauen in die Fürsorge des Wohnungsamts gestärkt
werde. Dies kann zwar (nach Artikel 6, § 3 Preussisches
Wohnungsgesetz) den widersprechenden Wirt zur Beseiti-
gung von erheblichen Wohnungsmängeln zwingen
und auf seine Kosten auch selbst notwendige Arbeiten
in Auftrag geben — aber der Ratgeber des Mieters nach Ab-
hilfe bei der Wohnungsinspektion würde fernerhin nur zur
Folge haben, daß derselbe Mieter über eine Weile die Forderungen
beim Einigungsamt zu bezahlen hätte.

Dies ganz gefährliche Doppelgestalt der Verordnung hat
der Wohnungverband Groß-Berlin schon er-
kannt und ohne das Gesetz zu verletzen, einen Ausweg gefunden,
wofür ihm alle Mieter größten Dank schuldeten. Er hat seinen
Höchstzuschlag in einen Grundhöchst- und in einen Reparatur-
höchstzuschlag zerlegt. Jeder soll die Steigerung der Hypothekenzin-
sen und der sonstigen laufenden Abgaben abgetrennt, dieser
die Steigerung der Kosten für die gewöhnlichen Reparaturen.
Dieser ist auf 15 Proz., jener auf 20 Proz. festgesetzt, der
Gesamthöchstzuschlag also auf 35 Proz. Der Inhaber der
500-M.-Wohnung könnte also höchstens bis 675 M. gesteigert
werden; dafür jedoch aber eine weitere Zahlungspflicht zu
Reparaturkosten so gut wie aus. Denn das Einigungsamt
würde den Vermieter, der trotz der 675 M. eine Sonder-

zubeh für eine bestimmte Reparatur erhischt, regelmäßig auf
den allgemein zugewilligten Reparaturzu-
schlag von 75 M. zu verweisen haben, der sich, sofern eine
größere Renovation nötig ist, als jährliche Amortisation der
Kosten dafür darstellt. Im Interesse der Wohnungspflege würden
die Einigungsämter den Reparaturzuschlag (15 Proz.) in der
Regel wohl ganz erheben, dagegen den Grundzuschlag
(20 Proz.) nur bis etwa 15 Proz. Die Regel wäre also eine
Reparatur von 30 Proz. gegenüber 1914, von 650 M.
also gegenüber 500 M.

Dieselbe Mieterlast, die am 4. d. Mts. im Lustgarten
das Danaergescheit der in ihrer Doppelsinnigkeit völlig miß-
verständlichen H.M.V. bejubelte, hat mit Sirell gedroht, wenn
nicht bis zum 30. d. Mts. der Beschluß des Wohnungs-
verbandsausschusses (20 + 15 Proz.) aufgehoben wäre, durch den
die Verordnung ihrer Gefahr für die Mieter tatsächlich entleert
worden ist. So ist der Einspruch, den der Oberpräsident
gegen jenen Beschluß erhoben hat, der Regierung von einer
betrieten Mieterlast besonders leicht gemacht worden. Sache
der Mieter wäre es, sich von einzelnen Führern nicht länger
in die Irre leiten zu lassen und folgenden Standpunkt ein-
zunehmen:

- 1. Wir protestieren dagegen, Träger des unbestimmt hohen
Reparaturzuschlag zu sein. Wir fordern einen von vornherein
bestimmten Höchstzuschlag, mit dem wir an den Reparatur-
kosten beteiligt sein sollen.
2. Statt der Arbeitskraft, die den Einigungsämtern mit der
Umlegung der Kosten von ungenügenden Reparaturen aufgebürdet
werden würde, wünschen wir die Wohnungsfürsorge
ausgeübt, damit ein schleunigst Wohn- und Zwangsver-
fahren im Falle verlorener Reparaturen möglich ist.

Die Zwangsfürsorge des Wohnungsamts wäre durch
einen Ausbau des preussischen Wohnungsgesetzes vom
28. März 1918 auch gegen größere Wohnungen mobil zu
machen. Dann könnte das Einigungsamt, wenn es den
Reparaturzuschlag voll zuerkennt, dies in der ruhigen Er-
wartung tun, daß das Wohnungsamts die Erfüllung der mit
dem Zuschlag verbundenen Pflichten übernahm. Für die vom
Wohnungsamts in Auftrag gegebenen Reparaturen müßte
freilich die Gemeinde durch „Reparaturhypotheken“ sicher-
zustellen sein, denen der Gesetzgeber den Vorrang vor allen
anderen Hypotheken zu geben hätte. Wenn damit neben-
her der Anreiz zur Verschuldung der Grundstücke geschwächt
würde, so wäre das ein zu begrüßender Nebenerfolg.

Die Schöpfer der Verordnung werden gut tun, die ganze
Maschinerie der Einigungsämter, die alle auf die Billigkeit
der Höchstzuschläge warten, nicht länger lahmzulegen und es
sich gefallen zu lassen, daß der problematische Kampf gegen
den Reparaturzuschlag zu einem glücklicheren Ausgang geführt
wird, als dazu, daß man den Mietern das ganze Risiko der
Reparaturen aufhals. Denn das würde nur einen neuen
Streik.

Magistratssekretär Grumbly,
erster Vorsitzender des Einigungsamts, Neuland.

Die Partei Meuchelmörder.

So viel die von der Schwerindustrie gekauften reaktionären
Blätter umzufassen verstehen, es wird ihnen nicht gelingen,
die unmittelbare und alleinige Schuld an dem Attentat auf
Erzberger von sich abzuwälzen. Jedes Mittel schamloster
gemeiner Hege war ihnen recht, nicht nur in Worten, sondern
auch in Bildern, deren aufreizende Gemeinheit keiner
Steigerung mehr fähig war.

Vor uns liegen die „Wilder zur Zeitgeschichte“, die in-
strikte Verlage der „Deutschen Tageszeitung“ vom
17. Januar h. J. Die volle erste Seite nimmt ein Bild ein,
das der übrigens sehr mächtige Maler Rothgänger ver-
brochen hat. Es stellt zwei Gruppen dar, deren eine aus
Hoyd George Clemenceau, Hoch und Erz-
berger besteht, während die andere die borniertesten Truppen
vergangener preussischer Offiziersherrlichkeit veranschaulicht.
Am Hintergrunde ist der Londoner Tower als Gefängnis für
die Anzuhelfernden zu sehen. Mit höhnischem Lächeln
ladet Erzberger die deutschen Offiziere zur
Gefangennehmung ein.

Für dieses Verhöltnis von Presseverleumdung gibt es keinen
Milderungsgrund, weder eine politische Ueberzeugung noch ein
Anstand von Verbitterung; es ist eine kalte Schurkerei wider
besseren Willen und von unüberwindlicher Abficht. Der
Attentäter war ein junger Offizier, und wir finden nicht
in dem überreizlichen Verleumdungsmaterial gegen die alldeutsche
Presse, daß so wie dieses Bild angetan ist, geistlose Dofert-
falscher Pressejournalisten zu Affekten hinzureichen. Die „Deutsche
Tageszeitung“ trifft neben der „Deutschen Zeitung“ die
Sauptschuld an der Stimmung, die das Attentat zur Aus-
lösung brachte.

Die rechtschreibende Presse bemüht sich kramphoch, nachzu-
weisen, daß die Sozialdemokratie keine Ursache zur Verleumdung
habe, weil sie selber der Meuchelmord verherrliche. Wüßlich launigt

\*) Näheres S. 27 f. meines im Industrieverlag erschienenen
Kommentars.

eine Geschichte auf von einem offiziellen Parteikalender, in dem
„Jahr für Jahr alle Attentäter gegen Staatsoberhäupter verherr-
licht würden“. Diesen „Witwenblätter“, von dem jetzt „Deutsche
Zeitung“ und „Reichsbote“ jedoch, hat aber nur das schlechte Ge-
wissen der Partei Meuchelmörder erstanden, es gibt einen
offiziellen Parteikalender überhaupt nicht. Die
„Königliche Rundschau“ zitiert einen Ausspruch des Genossen Wädel
in einer Parteiverammlung gegen den Hindenburggottesdienst
November vorigen Jahres und behauptet, die nationalsozialistische
Presse hätte hiergegen keinen Einspruch erhoben. Wir wollen fest, daß
auch das eine Unwahrheit ist. In Nr. 503 des „Vorwärts“ vom
20. November 1919 steht wörtlich, daß wir diese rednerische Ent-
gegnung scharfsten mißbilligen. Die Partei Meuchel-
mörder muß sich schon bessere Biegen ausdenken.

Ein Echo zu dem Mordanschlag.

Wer das Treiben unserer akademischen Jugend unvor-
sichtiger beobachten, dem müssen sich mitunter schwere
Besorgnisse um die Zukunft aufdrängen. Denn es ist kein
Zweifel, daß ein großer Teil der jungen Studierenden völlig
in nationalsozialistisches Halbwasser geraten ist. Die
Gründe hierfür brauchen nicht einmal unehrenhafter Natur
zu sein: die Erbitterung über den verlorenen Krieg, dessen
Ursachen zu erkennen sie nicht die genügende Reife
besitzen. Abneigung gegen eine Staatsform, die
ihnen neu ist und die ihre Vorfahren zu be-
kämpfen als ihre wesentliche politische Aufgabe ansahen,
der Aufstieg der Arbeiterklasse, in der sie mit uner-
warteter Wohlthätigkeit geistig gleichlebende Mitbewerber
erblicken — das sind einige der Beweggründe, welche der
Reaktion auf den Unbilden den Sieg erleichtern.

Um so erfreulicher ist es, wenn aus den Kreisen der
Jugend heraus mit Energie der Kampf gegen die finsternen
Gewalten aufgenommen wird. So geben wir im folgenden
die Meinung eines jungen Studenten wieder, die treffend die
Empfindungen derer wieder spiegelt, welche die Reaktion nicht
ganz leicht in ihre Netze einzufangen dürfte. Die Zustimmung
lautet:

Die deutschnationalistische Presse wird natürlich zu dem Erzberger-
Attentat „Wohoo“ schreiben und den Attentäter ehren Geld
preisen. Mag sie es tun. Die Deutschnationalen werden von jeder
Gewaltmenschen, die das, was ihnen aus irgendwelchen
selbstverständlichen Gründen bevorzugen wurde, sich selbst mit
Gewalt helfen. Erinnern wir uns an die vielversprechenden
Weden Treppe, an das selbstbewußte und aufreizende Auf-
treten Helfferichs und Lubendorfs im Unterjuchungs-
schuß.

Denken wir ferner jenes Hauschloß des General Hoff-
manns bei den West-Berliner Verhandlungen in Gegenwart
der russischen Vertreter! Jener Hauschloß lebt in der russischen
Geschichte weiter und erklärt die Anbahnung unserer gegen-
seitigen Beziehungen. Gewalt erforbert Gewalt.
Weshalb werden diese und alle vorherigen Handlungen ähn-
licher Art, wie der Fall Arco, nur unseren Willen führen, die
Wächter der deutschen Volkstheorie zu sein. Die Republik ist in
Gefahr! Mag uns dieser vielbedeutende Satz Tag und Nacht im
Gedächtnis bleiben. Mit es hoch die Freiheit zu schützen. Wenn
man früher bereit war, seine Knochen für die Vaterlands-
partei zu opfern, so muß der Wille, es für Bruder und
Schwester zu tun, doch dieselbe groß sein. Das mag man ewig
im Auge behalten!

Dieses Echo aus den Kreisen, auf deren geistige
Beherrschung die Partei der Reaktionäre bisher besonders
Ansprüche geltend gemacht haben, dürfte diesen nicht sehr
angenehm klingen. Es ist zu hoffen, daß es in den
Herzen der Jugend einen lauten Widerhall erwecken und
recht vielen die Augen darüber öffnen wird, in wessen Ge-
folgshaft unsere Jugend sich zu begeben in Gefahr war. Die
Mordtat, als deren intellektuellen Urheber die Kreise um
Helfferich trotz aller Ablehnungsversuche zu gelten haben
und vor der Gefahr gefürchtet werden, wird in weiten Kreisen
des Volkes eine bessere Aufklärung über die insame Ge-
sinnung jeder Geldsackfüllen verbreiten, als es ein
noch so schön ausgearbeitetes Flugblatt Helfferichs zu tun
vermochte.

Erzbergers Befinden.

Reichsfinanzminister Erzberger hat in der Nacht zu Mittwoch
675 4 Uhr mit geringen Unterbrechungen geschlafen, dann schien
wieder Herzbeschwerden ein. Professor Pleich und Professor
Hildebrandt haben die Wunde abermals untersucht. Der Puls geht
sehr lechhaft.

Rundgebung der preussischen Staats-
regierung.

Die preussische Staatsregierung hat an den Reichsfinanz-
minister Erzberger folgendes Telegramm gerichtet:
Mit der übermäßigen Mehrheit des preussischen Volkes
weil sich die preussische Staatsregierung eins in der Empörung
über den gegen Sie verübten Anschlag und in dem Wissen vor
jener Verurteilung aller sittlichen und politischen
Begriffe, aus der allein solche Verbrechen erwachsen können.
Die Staatsregierung hofft zuversichtlich, daß Ihre Verurteilung
ohne ernste Folgen für Ihre Gesundheit bleiben wird. gez. D. H. S.



## Nicht zwei, sondern drei Schiffe.

Die die weitere ärztliche Untersuchung Erbergers ergab, sind auf den Minister nicht zwei, sondern drei Schiffe abzugeben worden. Die Ermittlung ergab, daß die nachfolgenden Durchführungen des Hutes auf diese dreizehn Engel zurückzuführen sind: die Anzahl geschweherte nämlich die Herrschaften des Autombils, und die nachfolgenden Klappstühle durchgehenden den Hut.

## Aus der Werkstatt der Enthüller.

Erst nach und nach kommt jutage, mit welcher Gewissenlosigkeit das „Material“ in den sogenannten Korruptionsskandalen gegen unsere führenden Parteigenossen zusammengebracht worden ist. In Wirklichkeit handelt es sich hier um einen Skandal der Fälschungen und des Betrugs, in dem auch sogenannte „Parteigenossen“ verwickelt sind, die angeblich der Partei nützlich wollten, in Wirklichkeit mit wahrer Eifer jede Verleumdung und jeden Betrug zusammengetragen haben, der nur irgendwie aufstande, ob in böser Absicht oder in bodenloser Leichtgläubigkeit, bleibe dahingestellt.

In den Angriffen gegen Scheidemann spielte auch gefälschtes Material eine große Rolle, das angeblich aus Kopenhagen stammte und durch das Scheidemann und andere führende Personen des Landesverbands zum Zweck privater Grundstückspekulation beschuldigt wurden.

Wir sind jetzt in der Lage, etwas Näheres über die Geschichte dieser Fälschung zu erzählen. Der Fälscher ist ein gewisser, sich Journalist bezeichnender Charles Bruno Rhodin, der seine Fälschung bereits eingestanden hat.

Während des Krieges war Rhodin in zweifelhafter Stellung für die deutsche Regierung in Brüssel tätig. Nach dem Kriege ging es ihm schlecht. Da las Rhodin in den Zeitungen von den Streitigkeiten um Marx. Er glaubte, daß sich hierbei etwas verdienen ließe, ging kurzerhand zu Heinrich Marx und hat ihm angeblich belastendes Material, das er in Kopenhagen gegen Marx hätte zum Kauf von 3000 M. an. In Wirklichkeit hatte Rhodin gar kein Material. Marx lehnte den Kauf ab, weil es keinerlei belastende Schriftstücke dergestalt, wie Rhodin behauptete, gegen ihn geben könne. Darauf ging Rhodin zur Gegenseite. Er begab sich in das Korrespondenzbureau von Sochaczewski und verlangte hier 20000 M. für sein angebliches — in Wirklichkeit nicht vorhandenes — Material. Sochaczewski war sofort mit Freunden bereit, das Material zu kaufen, wenn Rhodin ihm belastendes Material gegen Scheidemann, Grafen Kanhauf und andere Führer der Regierung bringe. Bei dieser Unterredung war ein Mann zugegen, von dem Rhodin glaubt, daß es der Abgeordnete Davidsohn war, genau weiß er es jedoch nicht.

Am nächsten Tage wurde Rhodin einem Herrn Rütgers, einem angeblichen Neffen Sochaczewskis, vorgestellt, der ihn auf der Reise nach Danemark begleiten sollte. Sochaczewski besorgte die Billets und trug auch die Reisekosten. In Gadersleben blieb Rütgers zurück, während Rhodin über die Grenze fuhr, angeblich nach Kopenhagen, um das Material zu holen. Für diese Reise erhielt er 1500 M. Natürlich kam Rhodin ohne das Material zurück. In Berlin erzählte er, daß ihm das Material gestohlen worden sei. Diese Behauptung wiederholte er gegenüber Sonnenfeld, durch den er nunmehr auch Baumeister kennenlernte. Baumeister drang nunmehr in Rhodin, den Inhalt des Materials aus dem Gedächtnis zu rekonstruieren. Er stellte Rhodin hierzu einen besonderen Raum und eine Schreibmaschine zur Verfügung. Darauf fabrizierte Rhodin die angeblichen Schriftstücke, die in Wirklichkeit nie existiert haben.

Auf Grund solcher „Belastungsmaterials“ anständiger Subjekte hat man die Namen hochangesehener Parteiführer wochenlang durch den Schmutz gezogen. Und angebliche „Parteigenossen“ haben ihre Hand dazu geboten!

Zu den „Enthüllungen“ Davidsohns über Barmat erhalten wir folgendes weitere Telegramm des Generalsekretärs der holländischen Partei Genossen Matthijnen:

Im Besitz des vom Genossen Davidsohn verfaßten und veröffentlichten Briefes, in dem er ein Urteil einiger namhafter holländischer Sozialdemokraten über den Herrn Barmat wiedergibt und dessen Verhältnis zur holländischen Partei kritisiert, habe ich bei den von Davidsohn genannten Genossen de Kocke, Sekretäre von „Het Volk“, Himmen, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, und Palla 2 junior, Redakteur von „Het Volk“, eine Information eingeholt, aus der hervorgeht, daß Davidsohn von seiner Unterhaltung mit genannten Herren ein durchaus falsche Darstellung gegeben und dadurch auch ohne Grund und mutwillig die Partei bloßgestellt hat, welche mit Herrn Barmat wegen Finanzierung eines Teils unserer Presse in Verbindung steht.

Es war Davidsohn, der sich ungünstig ausließ nach allerlei Beschuldigungen und Anschuldigungen gegen die deutsche und holländische Partei und gegen Barmat vorbrachte. De Kocke war nicht, wie Davidsohn behauptet, gerade im Begriff, sich zur Reise nach Berlin fertigzumachen, zu dem Zweck, „den Herrn Barmat in seinem Berliner Willen etwas näher anzusehen“, sondern er hat erklärt, daß er sein Urteil über die durch Davidsohn erwähnten Tatsachen und Verhältnisse so lange aussprechen wolle, bis er gelegentlich seines Berliner Besuchs zu einer persönlichen Unterredung Gelegenheit gehabt haben würde. De Kocke fügte hinzu, daß ihm bis dahin auch nicht durch Barmat ein Feinde jemals eine Tatsache genannt worden ist, die zu einer stilligen Beurteilung von dessen Persönlichkeit Anlaß geben könnte. Die erwähnten Beschuldigungen betrafen freilich nicht nur die Unwahrscheinlichkeiten, welche Davidsohn über Barmats Tätigkeit in Berlin erzählte, sondern Davidsohn äußerte auch Vorwürfe gegen viele Führer und gegen die Politik der deutschen Partei, die beruht waren, daß die Kocke sehr erkannt war, als er auf eine hiebessichere Frage zur Antwort erhielt, daß Davidsohn selbst zur Mehrheitspartei gehöre.

Himmen bekräftigt bestimmt, die in Davidsohns Brief hervorgehobene Verächtung Barmats jemals ausgesprochen zu haben, und erklärt, zu einer solchen Verächtung auch gar keine Veranlassung zu haben.

Palla 2 berichtet mir, daß es Davidsohn selber war, der die Furcht aus sprach, daß auch die holländische Partei durch Barmat korumpiert sei oder werden würde, worauf Palla 2 antwortete, daß er dies für unmöglich erachte, daß er es aber für seine Pflicht halte, sobald dafür jemals irgendein Anzeichen sich ergeben sollte, die ganze Partei zu alarmieren. Irgendeine Tatsache wurde von Davidsohn für seine Behauptungen nicht beigebracht.

Hieraus geht hervor, daß Davidsohn eine seiner eigenen tendenziös angepaßte unwahre Darstellung der Tatsachen gegeben hat. Ich ermähle Sie gern, von meinen obigen Ausführungen öffentlich Gebrauch zu machen.

Gegenüber diesen sehr deutlichen Ausführungen wollen wir noch einmal im Wortlaut die bezügliche Stelle des Briefes wiedergeben, den Davidsohn an die „Berliner Volkszeitung“ geschrieben hat. Davidsohn schrieb:

Ich bin eben gerade eine Woche in Holland gewesen und habe mit angesehenen Sozialdemokraten dort auch über „Baron Barmat“, wie man ihn nennt, gesprochen. Man bringt dem Vorwissen gegenüber großes Mißtrauen entgegen. De Kocke, Sekretär von „Het Volk“, war gerade im Begriff, sich zur Reise nach Berlin fertig zu machen, um sich dem „Baron“ in Berliner Willen etwas näher und genauer anzusehen. Da Holland keine man ihn und seine Absichten zur Kenntnis der holländischen Gewerkschaften bringen macht aus seinem unbedingten Mißtrauen, ja aus seiner Verachtung gegenüber dem Barmat in „Het Volk“ und Palla 2, Redakteur von „Het Volk“, ist bemüht, zu verhindern, daß Barmat dem Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie goldene Fesseln anlegt, wie er es bereits mit dem holländischen Parteiführer (und über mich im Jahr noch allenthalben) getan hat. Palla 2 sagte mir geradezu: wenn alle Stränge rissen, würde er sich gegen

sohn, Gen Barmats korruptive Tätigkeit an die holländischen Arbeiter öffentlich zu appellieren.

Aus dieser Gegenüberstellung erhält jeder Leser ein deutliches Bild, wie sich Davidsohn krampfhaft bemüht hat, aus den holländischen Parteigenossen Ausprägungen im Sinne seiner fixen Idee herauszupressen. Als ihm dies nicht gelang, hat er bedingte und hypochondrische Ausprüche in absolut Werturteile umgefälscht. Dagegen hat er die wirklich bestimmten Ausprägungen, die seiner fixen Idee im Wege standen, kurzerhand fortgelassen. Auch diese Gegenüberstellung gibt einen sehr interessanten Einblick in die Werkstatt der Enthüller, über deren sittliche und moralische Qualität die Akten nunmehr geschlossen sein dürften.

## Unabhängige Diktatur.

Im Gothaer Lande haben die Unabhängigen die Mehrheit. 11 unabhängigen Abgeordneten der Landesversammlung stehen 8 der übrigen Parteien entgegen. Irrendeine Rücksicht nehmen die Unabhängigen auf diese Minderheit nicht. Sie scheuen nicht einmal davor zurück, mit Hilfe ihrer 11 Stimmen offenkundige Verfassungsverstöße zu begehen.

Unerbittlich brauchen sie die Macht, die ihnen die so geschwächte formale Demokratie gibt, obwohl sie wissen, wie leicht auch gerade deswegen, daß die Mehrheit der Gothaer Bevölkerung schon seit langem nicht mehr zu ihnen steht. Alle Wahlen, zuletzt noch die Gothaer Oberbürgermeisterwahl, haben einen katastrophalen Rückgang der unabhängigen Stimmen gezeigt. Das sollte auch Hello Verlaß wissen, der sich über das Verbot des unabhängigen Klattes in Gotha besonders deshalb aufregte, weil es das Organ der Mehrheit der Gothaer Bevölkerung sei.

Die Unabhängigen in Gotha handeln nach dem Grundsatz: Rechte, was zu retten ist. Besonders suchen sie ihre Anhänger in allen möglichen Posten unterzubringen, die im Notfall eigens dafür geschaffen werden, wobei sie brüderlich mit den Kommunisten teilen.

Das Stützpunkt der Unabhängigen in Gotha ist die Schule. Durch ihr ungehöriges „Defektieren“ haben sie schon einmal einen von den Deutschnationalen geführten Schulstreik hervorgerufen, der sie zu einem Rückzug auf der ganzen Linie zwang. Bezeichnenderweise haben damals sich auch sehr viele Arbeiterkinder an dem Schulstreik beteiligt.

Vor nun die Restarbeiten ihrer Herrschaft ein Ende bereiten, versuchen die Unabhängigen, ihre Macht in der Schule zu befestigen, das heißt vor allem, einige U.-S.-P.-Leute und Kommunisten unterzubringen. Zu diesem Zweck wurde plötzlich der Landesversammlung ein neues Schulgesetz vorgelegt. Eine Stunde vor Beginn der öffentlichen Sitzung, in welcher der Gesetzentwurf beraten und sofort angenommen werden sollte, verlangten die Unabhängigen, daß die Kommission zusammentreten und beschließen sollte, ohne daß mit Ausnahme der Unabhängigen selbst irgendein Delegierter den Entwurf kannte. Als der Vorsitzende und die nichtunabhängigen Mitglieder der Kommission sich weigerten, machten die Unabhängigen die Sache allein.

Nach dem gleichen Rezept verfuhr die Landesversammlung. Die 11 U.-S.-P.-Mitglieder verhandelten allein, denn die 8 Mitglieder der übrigen Parteien waren der Sitzung ferngeblieben. Der Entwurf wurde daher „einstimmig“ angenommen. Nach dem bestehenden Gesetz ist aber die Landesversammlung nicht beschlußfähig, wenn nicht zwei Drittel ihrer Mitglieder versammelt sind. Solche Bestimmungen erkennen die Unabhängigen in Gotha aber nur dann an, wenn ihre Delegierten aus irgendwelchen Gründen nicht beschlußfähig anwesend sind.

Die Unabhängigen täuschen sich aber, wenn sie glauben, daß damit die Sache erledigt wäre. Es ist möglich, daß es in Gotha zu einem neuen Schulstreik kommt, wenn das Gesetz in Vollzug gesetzt werden sollte. Bisher haben sich sämtliche bürgerlichen Parteien und unsere Fraktion an die Reichsregierung und die Nationalversammlung gewandt

## Künstlertheater: Die Marquise von Arcis.

Schauspiel von Carl Sternheim.

Baron d'Arcisville und sein besserer Jünger Léon Rich haben lange vor den Herren Deshaud, René Daudet und Clemenceau entdeckt, daß Diderot ein der schätzenswertesten Genies Frankreichs gewesen ist. Denn er füllte die Freigeisterei des riesigen Goethe; und Goethe wäre alle Schuld bekommen, wenn eine Fälschung in Frankreich der trüben, unheimlichen Barbarengeschmack Germaniens Rodung gefunden habe. Ob Diderot tot ist oder nicht, geht es nicht an, daß Diderot ein starrer Denker gewesen ist. Er änderte nicht nur das Wörterbuch des Wissens von diesen Rechten eines nicht auszunehmenden Mittelalters, er war auch um 1750 ein aufgeweckter Patriot. Betrogen ist ja auch die unsterbliche Kaiserin Katharina von Rußland, die ihre Einkünfte zum Thron hinauf und zum gedankigen Nachfolger Hinunterzog, mit bedeutenden Personen und Ideen beharrte. Als Marquis hat Diderot entdeckt, daß die Dame, die ihren Körper verachtet, auch ein Mensch sei. Er hat diese Entdeckung vielfach wiederholt und eingehend; und auch an dem Beispiele jener horizontalen Schönheit Henriette Anagnone gezeigt, die sich an viele Herren und sogar zu niedrigem Preise veräußerte und trotzdem eine Marquise von Arcis wurde, also beachtet war, in den höflichen Kreisen von Versailles als bewundernswürdige Schwelgerin beim Aussehen, Ausleben und Vergnügen der lässlichen Damen ergebend zugesehen.

Die Henriette so weit kam, wußte sie der Laune einer schon geborenen Marquise dienen. Sie, die ihren Körper so häufig verkauft hat, verkauft sich auch zu einer Komödie. Sie terminiert sich als Schriftstellerin, damit ihre Einkünfte eine Weile verdeckt bleibe. Doch der Marquis, ein etwas eigenartiger und zu sehr schmeichelender Arbeiter der weiblich hohen Dame von Bommerrage, verachtet sich nicht in die Glanzdame, sondern in die ärmlich Vermummte. Aber Henriette soll nicht nachgeben, sie soll die Verleumdung tragen bis zum Äußersten. So will es die entsetzliche Dame von Bommerrage. Der Marquis von Arcis wird, Nora. Der Marquis hinter eine Million von seinen zehn und ein Schloß, Nord. Er bietet fünf Millionen. Neuer Nord Henriette. Er bietet sein eigenes Vermögen, alle Güter und alle Titel. Nun ist Henriette's Widerstand gebrochen. Da merkt Frau von Bommerrage, daß ihre Laune so weit ging. Das Freudenmädchen wird siegen. Was sie? Frau von Bommerrage gibt das Geheimnis Henriette's kamillös preis. Henriette will den Tod. Der Marquis nimmt sie aber in die Arme. Er verzehrt alles, weil er alles verliert.

Man sieht, daß Diderot in seiner Zeit keine großen Schwierigkeiten hatte, um eine stillige Angewandtheit hervorzubringen. Carl Sternheim verstand sich nachschärflich in diesen Stoff, weil er heute so verläßt, etwas dünn und etwas dünn geworden ist. Das Klinge alles, wenn man das falsche, mit Betrübheit und Verheitel gefällige Deutsch Sternheim's megnimmt, noch der Durch-Bleifer und Herz Heriden Spitze. Es ist also, was gefällt.

Herr Conrad Seidt spielte den hochbegabten Marquis nicht im Stile des achtzehnten Jahrhunderts, sondern eher als einen

Besten der Moralität. Das war originell, aber nicht ganz passend. Frau Konstantin durfte als edle Marquise in fünf Akten fünfmal die Toilette wechseln. Hinter Stühle und Kissen war ihre Seele etwas zu kurz gekommen. Auch hat sie im Grunde zuviel papierne Worte zu sagen und nur für einige Sekunden zu einer Weltlichkeit aufzusuchen, die zwanzig Dergensdame gefaltet. Dagny Serpax, nordisch wie die Renne, spielte jene Henriette, die nun bei horizontalen Lage zur höchsten Lebensstellung emporschiebt. Im Aussehen, stehenden Herumstehen und Gestarren, also in Augenblicken des Bildlichen, gab sie ihr Bestes. Doch es fehlte die hegende Natur, die selbst eine Hochadmiral und deren Führung durch lässliche Einfachheit bereitet. Ray Quabozj.

Die Entdeckung des fünften Erdteils. Hunderttausend Jahre sind jetzt verstrichen, seit James Cook die bestwunderswerte Reise unternahm, als deren wichtigstes Ergebnis die Entdeckung des fünften Erdteils zu buchen war. Neben dem Hauptgewinn seiner Expedition, den Durchgang der Venus zu beobachten, war ihm ausdrücklich die Aufgabe gestellt worden, festzustellen, ob der unerforschte Teil der südlichen Halbkugel nur eine ungeheure Wasserfläche sei oder in der Tat andere Erdteile enthalte, wie dies schon von den Kartographen des 16. Jahrhunderts angenommen war. Von ihnen stammt auch die Bezeichnung des gemutmaßten gewöhnlichen Südländes als „Terra australis incognita“ (das unbenannte Südländ), aus welcher nachmals der Name des neuen Erdteils abgeleitet worden ist. Die „Cyclops“, Cook's Schiff, schickte auf der Suche nach der Ostküste des großen Kontinents zunächst am 6. Oktober 1769 diejenige Reiseleiterin und fand denn nach dreiwöchiger weislich gerichteter Fahrt die Küste des Becklandes selbst. Das Schiff wandte sich alsdann nordwärts und gelangte am 23. April 1770 nach Botany Bay, wo der erste Landungsversuch einer lebenden Siedlung der Eingeborenen begegnete. Die Aufsuche der Ostküste wurde auf der Rückfahrt fortgesetzt und das entdeckte Gebiet „Neu-Südwales“ benannt. Auf ihrer erstahenden der Äste der sechs australischen Staaten, der den Engländern ursprünglich als Verbreterkolonie gedient und erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts diesen Charakter verloren hat.

Cook war jedoch nicht der erste Europäer, der seinen Fuß auf australischen Boden setzte. Das erste in 17. Jahrhundert bereits holländische Seefahrer getan, denen auch die ersten authentischen Berichte über die Westküste und die umliegenden Inseln zu verdanken sind. Sie nannten den Kontinent „Neu-Holland“, haben aber keine Anstalten gemacht, um das in diesem Namen liegende Protonom zu präzisieren. Auch als Abel Janszoon Tasman, der auf Veranlassung des holländischen Gouverneurs Van Diemen im Jahre 1644 seine „glückliche Reise“ unternahm, auf der jetzt nach ihm benannte Insel die niederländische Flagge gehißt hatte, ließen sich seine Beobachtungen durch die angeführte Willems des Landes und seiner Bewohner davon abstreifen, die holländische Weltverteilung durch die landliche zu ergänzen. So beruht jeder Anspruch, und England fand keinen Anlaß vor, als es sich in Besitz des fünften Erdteils setzte.

Die Erforschung Australiens ist im Laufe des 19. Jahrhunderts bis auf vereinzelte kleinere Expeditionen des Inlandes abgeschlossen worden; seine politische und wirtschaftliche Entwicklung hat sich in überraschendem Tempo vollzogen. Ueber die Rolle, welche der fünfte Erdteil in den künftigen Beziehungen der Völker, besonders aber in denen der weißen und gelben Rasse zu spielen haben wird, lassen sich vorläufig nur Vermutungen hegen. Sicher ist jedoch, daß der Weltfriede mit seiner Fortentwicklung den australischen Staaten die gegen japanische Ausdehnungsbestrebungen in der Südsee gerichtete Abwehr mongolischer Einwanderung nicht gerade erleichtert hat.

Kolloidchemie und Wetter. Die Chemie der Kolloide beschäftigt sich mit dem Grenzgebiet zwischen den echten Lösungen (wie z. B. Zucker- oder Kochsalzlösungen) und den Suspensionen (Aufschwemmungen eines Festkörpers in Wasser). Dem Zusammenhang zwischen Kolloidchemie und Meteorologie anzudeuten, blieb Professor Schmitz vorbehalten, der über seine Untersuchungen im neuesten Heft der „Lufthaus“ berichtet. Auch wenn die Luft mit Wasserdampf übersättigt ist, kommt es nicht immer zum Regen; Kondensation erfolgt nämlich nur dann, wenn auch „Kondensationskerne“ vorhanden sind. Dazu gehören elektrisch geladene Aerosole und Kolloidgruppen, die den Regen auslösen und den Gesetzen der Kolloidchemie gehorchen.

Eine der markantesten Erscheinungen einer solchen Lösung ist die Koagulation, die plötzliche Ausfällung des Kolloids durch Einbringen geringer Mengen von Elektrolyten. Die Reinigung der Teilschen ist zunächst durch die gleichnamige elektrische Ladung verhindert. Durch die Elektrolyte, z. B. Salze, die in Lösung in elektrisch geladene Ionen zerfallen, kann man diese Kräfte aufheben und das Kolloid niederschlagen.

Die Entstehung des Regens zeigt deutliche Analogien mit diesen Erscheinungen. Häufig sieht man schwere dunkle Wolken langsam über dem Himmel stehen, plötzlich scheint eine „Auslösung“ eingetreten zu sein und der Regen strömt vom Himmel herab. So scheint es denn gelungen zu sein, die so oft vorkommende scheinbare Willkürlichkeit im Auftreten von Niederschlägen, die alle Wetterprognosen oft durchkreuzt, auf bekannte Faktoren zurückzuführen. Sicherer werden unsere Wetterprognosen durch diese Erkenntnisse nicht werden, da diese auslösenden Vorgänge auch für die wissenschaftliche Beobachtung noch durchaus den Einbruch des Zufälligen machen, aber vielleicht sind wir einmal imstande, das Wetter selbst zu beeinflussen. Wenn alle Vorbedingungen zum Regen gegeben sind, dann brauchen wir nur die relativ geringe Zahl der fehlenden Kondensationskerne zu liefern — und es regnet.

Ausk. Bei Paul Cassirer wird am Freitag die Gedächtnisausstellung für den verstorbenen Bildhauer Wilhelm Lehmbruck eröffnet.

Ernaue Dr. Konrad Schmidt veranstaltet in der Berliner Volkshochschule eine zehntägige Vortragsreihe über die Geschichte der heutigen Volkswirtschaft. (Freitag 6/.,—7/., Uhr, Kautschukstraße 44—46. Beginn 10. Januar.)

Eine Staatsoper-Konferenz soll, wie in München bei einer Vortragsreihe der Münchner Theatergenossen mitgeteilt wurde, demnächst stattfinden. Die Konferenz wird sich mit Fragen allgemeiner Natur beschäftigen.



und gegen die Rechtsverletzungen der Landesversammlung in Gotha protestiert. Die wenig sich die Unabhängigen in Wirklichkeit um Selbstverwirklichung und ähnliche schöne Dinge kümmern, die sie nicht laut genug für sich verlangen können, geht auch daraus hervor, daß sie den Gothaer Lehrerrat nicht gebildet haben, die Selbstverwirklichung der Schulen durch die Gemeinden ausüben und die ausschließlich unabhängigen und kommunikativen Leiter des neuen Landeskollegiums mit Befugnissen ausgestattet haben, wie sie vor 50 Jahren üblich waren.

Es wird den Unabhängigen nichts übrig bleiben, als neuerdings einen Rückzug anzutreten und ihre Beschlüsse mit den auch von ihnen anerkannten Gesetzen in Übereinstimmung zu bringen. Denn die unabhängige Diktatur ist einstweilen in Deutschland, auch in Gotha, noch nicht möglich.

### Freilassung eines Unabhängigen-Führers.

Der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Frankfurt a. M., K. K. K., der vor einigen Tagen unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet wurde, ist Dienstag mittag aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

### Wie Arbeiterführer verschwinden.

(Eigenbericht aus Elßaß-Lothringen.)

Im Oktober vorigen Jahres ist der damalige Redakteur der „Neuer Volkstribüne“, Gaston Pierra, plötzlich spurlos verschwunden. Beim Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Metz war ein Schreiben eingegangen, das angeblich von Pierra unterzeichnet war und in welchem Pierra seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei ankündigt und sein Bedauern ausdrückt, das er wider Willen das Werkzeug einer verheerenden, fröhenfeindlichen Agitation geworden sei. Daraufhin hat die Sozialdemokratische Partei den Ausschluß Pierras beschlossen und die sozialdemokratische Presse übte eine sehr scharfe Kritik an dem Verhalten Pierras; sie bezeichnete ihn als einen Agent provocateur, als Polizeispion und Regierungsagenten. Pierra war nach seiner Verhaftung vor den Genspräfekten spurlos verschwunden, niemand wußte, wohin die Behörden schickten beharrlich, und durch die Presse wurde die Nachricht verbreitet, Pierra sei flüchtig gegangen. Damit ist es in der Sache wieder still geworden, der Fall ist durch andere Ereignisse wieder in Vergessenheit geraten.

Vor vierzehn Tagen ist nun Pierra wieder plötzlich im Elßaß erschienen und hat im oberelßassischen sozialdemokratischen Parteibüro eine Erklärung veröffentlicht, in welcher die angebliche „Flucht“ Pierras in einem ganz anderen Lichte erscheint. Pierra erklärt in dieser Erklärung, daß er auf die Genspräfatur geladen und dann zum Generalkonmissar Mirman geführt wurde; hier seien nur wenige Worte gewechselt worden. Als er plötzlich von mehreren handfesten Soldaten gefaßt und in ein Auto geschleppt wurde, sei ihm allmählich aufgeblüht, was man mit ihm vorhabe. Zunächst sei er ins Innere von Frankreich verbracht und dann in Marseille nach Tunis eingeschifft worden. Tunis wurde ihm als Aufenthalt angewiesen; er stand dafelbst unter strenger polizeilicher Bewachung, bis es ihm anfangs Januar gelungen ist, nach dem Elßaß zu gelangen. Pierra bestreitet auf das Bestimmteste, daß er den angekündigten Brief vom Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei geschrieben, derselbe sei eine grobe Fälschung, die auf Geheiß des lothringischen Generalkommissars Mirman verfaßt worden sei. Die französischen Behörden hätten aufs schändlichste an ihm gehandelt. Der Vater von Pierra sei zum Generalkonmissar gerufen worden, wo ihm dieser eröffnet habe, der Sohn müsse auf Verlangen der elßassisch-lothringischen Industriellen an einen sicheren Ort verbannt werden, damit die endlosen und fortwährenden Streiks in der lothringischen Kohlenindustrie endlich einmal aufgehört, aber der Sohn werde es in der Verbannung nicht aushalten und gut verpflegt werden. Das sei nun nicht der Fall gewesen, die Behandlung sei schlecht und die Verpflegung miserabel gewesen.

Pierra bestreitet, daß er der Sache des Proletariats untreu geworden, und hoffe, die Arbeiter werden ihm Gelegenheit geben, sich zu reaktivieren. Die sozialdemokratische Presse von Elßaß-Lothringen, die anfänglich gegenüber Pierra eine für reservierte Haltung eingenommen, fordert nun die französische Regierung auf, sich zu dem Fall Pierra zu äußern, ob die Behauptungen desselben von seiner Deportation richtig seien. Seit dieser sozialdemokratischen Aufforderung an die französische Regierung sind bereits wieder acht Tage darüber gegangen, aber die Behörden schweigen immer noch, trotzdem die Aufforderung täglich wiederholt wird. Die elßassisch-lothringische Sozialdemokratie wird diesen mysteriösen Fall von Deportation dem am 25. Februar in Straßburg zusammentretenden Landeskongreß der französischen Sozialdemokratie unterbreiten, um die französische Regierung einmal zum Reden zu bringen. Vorläufig wird die reservierte Haltung gegenüber Pierra noch beibehalten.

### Deutsche Note gegen die Auslieferungen.

Im Willkommensbericht von einer Note über die Auslieferungsfälle, die die Reichsregierung in Paris überreichen ließ. Darin werden alle Momente der letzten und äußeren Politik, die gegen die Auslieferung der von der Entente beschuldigten Personen sprechen und in den letzten Monaten und Wochen den Vertretern der Entente mündlich dargelegt worden sind, schriftlich noch einmal ausführlich erörtert, ehe die letzte Entscheidung der Entente gefallen ist.

### Wird's Tag!

Die „Berliner Gazette“ behauptet, Lloyd George sei mit einer neuen Orientierung aus Paris zurückgekommen. Er habe eingesehen, daß die Straßburger Bestimmungen des Friedensvertrages fallen gelassen werden müssen, und sei überzeugt, daß Mitteleuropa der freie Handel wieder geöffnet werden müsse. Der erste Schritt werde vielleicht eine große Anleihe an Deutschland sein. Die „Berliner Gazette“ glaubt, daß diese Neuorientierung auch Änderungen in den Bestimmungen über die Wiedergutmachung nach sich ziehen könne.

Wenn es auch die höchste Zeit ist, daß die Entente bald zur Vernunft kommt, sei diese hoffnungsvolle Nachricht doch mit strenger Vorsicht zu genießen.

### Antisemitismus und Arbeiterkraft.

In einer Versammlung der Groß-Berliner Ortsgruppe des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die gestern im großen Saal der Brauerei Köpenick (Prenzlauer Allee) stattfand und sehr stark besucht war, wurde die Stellung der Arbeiterkraft zum Antisemitismus erörtert. Der Zentralverein, dem Mitglieder aller Parteien (mit Ausnahme der antisemitischen) angehören, hatte drei Arbeiterführer aus den linksstehenden Parteien um Referate ersucht.

Oswald Riedel, Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes, Mitglied der demokratischen Fraktion in der Preussischen Landesversammlung, kennzeichnete den Antisemitismus als Unkultur, als eine Spekulation auf die Dummheit. Der deutsche Arbeiter sei, weil er ein Gegner aller Unkultur ist, in seinem inneren Wesen auch ein Gegner des Antisemitismus. Arbeiter, die auf den antisemitischen Schwindel hereinfallen, lassen sich ebenso für die Reaktion anfängen, für die der Antisemitismus nur ein Bedenken ist. Der aufgeregte Arbeiter weiß, daß die Reaktion seine Feindin ist und sogar die Feindin der deutschen Arbeiter sein würde. Wehe dem deutschen Arbeiter, wenn die Reaktion aus Rußland käme! Dem anständigen Arbeiter würde für eine Aufnahmefähigkeit gegen die Juden zu haben sein. Gegen die Reaktion und für freibeiwillige Kulturentwicklung — das muß das Ziel der Arbeiterkraft sein. (Starker Beifall.)

Genosse Adolf Ritter, Stadtrat in Berlin und Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, stellte mit Bedauern fest, daß die erneute Zunahme des Antisemitismus eine der schlimmsten Folgen des unglücklichen Krieges ist. Die Antisemiten sind sozusagen die Hyänen des Schlachtfeldes. (Zustimmung.) Die Empfindlichkeit für den Antisemitismus sei auf die Erziehung durch die Volksschule zurückzuführen, die dem Juden das Böse ebnet. Die Sozialdemokratische Partei hat niemals in Kassel das gemacht und lehnt das auch für die Zukunft ab. (Beifall.) Die Gleichheit der Menschen muß jedem Staatsbürger gewährleistet werden. Ritter äußerte die Hoffnung, daß der Antisemitismus auf deutschem Boden nicht Wurzel schlagen werde. Dazu ist der deutsche Arbeiter politisch zu klug und weiß zu genau, daß mit Hilfe des Antisemitismus nur die Reaktion wieder zur Herrschaft gelangen will. Die Junker und Agrarier haben im Hintergrund und lassen die Kleinen wie die Sackpuppe umherlaufen, um die Volksschulen gegeneinander zu haben. (Zustimmung.) Der Antisemitismus kann eine Gefahr für die Nation sein, wenn man gegenüber ihm die Hände in den Schößen legt. Richtig ist, aber ihn aufzulösen zu verstreuen. Ich bin, ich bin Genosse Ritter, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands autorisiert, zu sagen, daß er immer und immer die im Antisemitismus verborgene Reaktion bekämpfen wird nach dem Grundsatz, daß alles, was menschenähnlich trägt, gleich sei. (Stürmischer Beifall.)

Der dritte Redner, der Berliner Stadtverordnete Jubeil, Mitglied der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, wies darauf hin, daß sich der antisemitische Agitation sehr bedenkliche Mittel angewendet werden, was das Ziel nicht die Juden allein sind.

In einer kurzen Ansprache beendete das Vorstandsmittglied Dr. Wiener die antisemitische Agitation in der Reichswehr und unter der Schuljugend. Auch bei Strohkrammeln und Plünderungen habe sich die antisemitische Tendenz bemerkbar gemacht.

## Groß-Berlin

### Nachklänge.

Die Volkstreuen hatten gestern einen sehr wohltätigen Tag. Sie schlugen heraus, was sich unter den obwaltenden Umständen herausbringen lassen konnte. Sie weinten ein bißchen und klappten kurz auf die Zukunft (siehe: Das neue Reich der Zukunft) und schickten Glückwunschkarten an den „armen Mann“ in Holland. Ganz besonders fanden die Berliner Schulen im Zeichen dieses erinnerungreichen Tages. So schreibt uns ein Genosse:

In einem Schöneberger Gymnasium sind aus Anlaß des Geburtstages Plänen zur Sammlung von Literaturstücken umhergeschickt worden. Lehrer und Schüler haben sich hierbei in hundertfacher Zahl beteiligt. Die Formulare sollen dem Reichsbote gedruckt und vom Sohn eines Redakteurs, der gleichzeitig Schüler dieser Anstalt ist, mitgebracht und mit Hilfe seiner Mitschüler verbreitet worden sein. Die Lehrer haben diesen Auftrag gelobt und sich zum Teil durch Unterschrift beteiligt.

Wenigstens zu verstehen ist folgender „Fall“ einer alten Lehrerin, die wohl selbst in ihrem Leben nichts von der „Hüte“ des Erdfronens gehabt hat, aber durch Erziehung genötigt wurde, das alte Lied zu wiederholen:

Ort der Handlung: eine Gemeindefschule in Schöneberg, Freitag, 1. Vortragende: eine alte Lehrerin; Auditorium: Schulkinder im Alter von 8 Jahren. Die Rede des alten Fräuleins war eine wehrhafte Rede darüber, daß unser armer, guter Kaiser nach Holland flüchten mußte, wofür er schon Weihnachten und nun auch seinen Geburtstag einjam und allein feiern muß, obwohl er so gut war und sehr für sein Volk man gesorgt hat. Nun ist er als Gast der Königin Wilhelmine dort, und an diese haben die Königin einen Brief geschrieben, den Kaiser auszuliefern. Die Königin aber hat geantwortet, daß er Gefecht geniesst und sie ihren Geist nicht ausliert. Zum Schluß folgte die Mahnung an die Kinder, heute abend den Kaiser in das Gebet einzuschließen, damit er bald wieder zu uns kommt.

Ah, es bleibt uns nichts übrig, als zu weinen und die alte gute Zeit unter Wilhelms Führung wieder zu wünschen, damit der lustige, frische Krieg wieder beginnt. . .

### Wie die Milch teurer wird.

Weber die bevorstehende Erhöhung der Milch- und Butterpreise teilte der Oberpräsident der Provinz Brandenburg folgendes mit:

Zum 1. Februar steht eine wesentliche Erhöhung der Milchpreise und der Butterpreise in Berlin und in der Provinz Brandenburg bevor. Seit der letzten Milchpreiserhöhung im Juni 1918 haben die Kosten der Milchherstellung eine derartige Erhöhung erfahren, daß es den Landwirten unmöglich geworden ist, die Milchbewirtschaftung unter den bisherigen Preisbedingungen weiterzuführen, insbesondere sind die Preise für Viehwasser sehr erheblich gestiegen. Auch die Futtermittel sind im Preise so erhöht, daß eine Wiedergewinnung bei den bisherigen Preisen für den Landwirt mit erheblichem Verlust verbunden sein würde. Die Preisfestsetzung der Preise wird nicht nur in der Provinz Brandenburg und in der Stadt Berlin, sondern auch in allen anderen Provinzen erfolgen. Für Brandenburg ist ein Stallpreis von 1 Mk. vorzusehen, der dem Stallhalter geschätzt wird und der sich, wenn Preismäßig dem Verbrauch zugeführt wird, auf 1,10 Mk. und bei Lieferungen nach Groß-Berlin auf 1,15 Mk. und wenn die Milch dort in ihrem Zustande eintrifft, auf 1,20 Mk. erhöht. Die Sammlung, Abfüllung und der Transport der Milch zum Verbraucher gleichfalls erhebliche Mehrkosten. Auch die Vergütungen für die Verarbeitung des Milch in den Molkereien müssen wegen der hohen Lohnsteigerung eine Erhöhung erfahren. Deshalb mußten die bisherigen Zuschläge zum Erzeugerpreis wesentlich erhöht werden. Wenn

festgelegte Milch aus Provinzialmolkereien nach Groß-Berlin gelangt, hat sie nach diesen Zuschlägen einen Preis von 1,42 Mk. für den Liter erreicht. Eine weitere Erhöhung ergibt sich durch die dem Großhandel und Kleinhandel für die Verteilung der Milch innerhalb Groß-Berlins zugubilligenden Vergütungen sowie durch die Aufnahme der Milch in die großstädtischen Reservieren. — Eine Erhöhung des Erzeugerpreises der Butter ergibt sich ohne weiteres aus der Milchpreiserhöhung. Sie wäre aber auch im Hinblick auf die gesunkenen Preise für Margarine und Galfette zur Erhaltung der Butterlieferung nicht zu umgehen gewesen.

Es wäre interessant, zu erfahren, auf welchen tatsächlichen Preis sich schließlich die Milch stellt, wenn sie alle Lebensmittelstationen auf dem Wege zum Verbraucher glücklich passiert hat.

### Kohlennot und Wälfabfuhr.

Die Kohlennot hat auch die bedenkliche Folge, daß die Wälfabfuhr erschwert wird. Im Dezember mußte in Neudölln der Transport des Wälfes auf der Neudölln-Wittenwälder Bahn für mehrere Tage ausgesetzt werden, weil wegen Kohlenmangels der Bahnbetrieb ruhte. Um die gesundheitsgefährdenden Wälfmassen sich nicht noch mehr auf den Grundstücken anhäufen zu lassen, wurden die damals zur Aufschüttung geeigneten Geländestücke verwendet. Das Postpräsidium hat die Genehmigung dazu vorläufig bis 1. April erteilt. Die Verwaltung der Neudölln-Wittenwälder Bahn kann bei der Fortdauer der Kohlennot künftig noch bis 15 bis 16 Waggons, die täglich nötig wären, nur 10—11 Waggons zur Verfügung stellen. Uebrigens ist damit zu rechnen, daß wegen erneuten Kohlenmangels der Betrieb wieder mal ganz eingestellt werden muß. Daher soll auf dem Gelände an der Kiehlhofstraße, das später, vielleicht in 6—8 Jahren, den Erweiterungsbau des Ringbahnkopfes aufnehmen wird, eine neue Wälfstation geschaffen werden.

Schwindelstein mit Kriegsbefehligen. „Heimatscholle, Immobilien- und Hypothekengeschäft“, benannt ein Herr Hermann Blumberg in Berlin sein im Jahre 1918 begründetes Versicherungsgeschäft. Ein der Zentralkasse zur Bekämpfung der Schwindelsteine in Lübeck, Parabe 1, zur Kenntnis gebrachter Fall beweist, daß Blumberg, der früher Offizier gewesen sein will, es mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt. Er hat es vor allem auf Kriegsbefehligen abgesehen und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß in Anbetracht seiner rührigen Karriere schon gar mancher mit ihm solche Erfahrungen gemacht hat. Solche Personen werden gebeten, ihre Wahrnehmungen über Blumberg und die „Heimatscholle“ schriftlich der genannten Zentralkasse mitzuteilen.

Koch immer Spielplatzbesucher. Der heimliche Geschäft der Spielplatz nicht mehr. Rensching's erhebt die Forderung, daß in dem Hause Köpenicker Str. 46 in der Wohnung einer Frau Fritze sich ein Spielplatz zu versammeln pflegte. Die Beamten beobachteten einen regen Verkehr und stellten fest, daß in der Tat dort fleißig gespielt wurde. Sie machten einen überraschenden Besuch, stießen aber auf verschlossene Türen. Die Gesellschaft war im letzten Augenblick getarnt worden und weigerte sich zu öffnen. Die Beamten stünden deshalb mit Gewalt und stießen nun auf eine sehr zum Zusammengehörigen Gesellschaft von etwa 30 Personen. Mehrere Personen wurden dabei aus allen möglichen Verstecken hervorgeholt.

Eine Sammlung zum naturgeschichtlichen Unterricht hat das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, zusammengestellt. Es werden geeignet Schülerarbeiten aus dem naturgeschichtlichen Unterrichtsverhältnis höherer Lehranstalten einfache Wälfmodelle aus Papier für den pflanzenkundlichen Arbeitsunterricht, graphische Darstellungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der heimischen Landwirtschaft, sowie über den Kreislauf wichtiger Grundstoffe des pflanzlichen und tierischen Lebens und von Lehrern geschaffene Anschauungsbilder. Geöffnet von 1—4 Uhr nachmittags. Eintritt frei.

Wahlung Genossinnen! Der Rednerinnenkursus der Genossin Zuchacz findet Donnerstag, 7½ Uhr, Lindenstr. 3, 1. Hof rechts 4 Treppen, statt.

Bei den Wahlen der Elternbeiräte in Neudölln sind einige Vertretungen nachzutragen: In der Anabenmittelschule sind nicht 4 U. S. P., sondern 4 S. P. D., und in der 18. Gemeindefschule nicht 8 U. S. P., sondern 8 S. P. D. gewählt.

Damit verabschiedet sich das Refariat nicht unfreundlich zugunsten unserer Genossen.

Marientorf-Säbende. Am Donnerstag, den 20., 8 Uhr, findet in der Aula des Gymnasiums der 7. Volksschulabend statt. Eintrittskarten à 1 Mk. in den Gemeindefstellen, in der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft, beim Vorsitzenden des Wahlvereins Genossen Einte, Eilenfelder Str. 9, sowie in der heute abend stattfindenden Generalversammlung des Wahlvereins in der Aula Friedenstraße.

Hilfsabend. Heute abend 7 Uhr Frauenversammlung in der Aula der Schule Markstr. 10. Thema: Elternbeiräte. Ref.: Stadtschulrat Dr. Siggel.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Milch-Milch. Am Sonnabend, den 21., gelangen zur Ausgabe: Milchmischungen, Leinöl, Vollkornbrot und ¼ Liter-Beimischungen.

Genussdorf. Die Ausgabe der Eilenfelder für Februar bis April findet Freitag, den 20. und Sonnabend, den 21. d. M. statt. — Am Donnerstag gelangen 170 Gramm Speiseöl zur Ausgabe.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

18. Abt. Heute Jahlabende. Bezirk 123/124 bei Reim Uebande 22. Bezirk 125/26 bei Schmidt, Galesheide 58. Bezirk 127/28 bei Pech, Urbanstr. 52. Bezirk 130/31, 32, 33 bei Proge, Diefenbachstr. 57. Bezirk 133 bei Robbe, Diefenbachstr. 36. Bezirk 135/36 bei Vogt, Doppelstr. 8. Bezirk 137/38 bei Schüller, Gräberstr. 3.

21. Abt. Heute 7½ Uhr Jahlabend in den Lokalen von Braun, Göttinger Str. 14; Wälf, Hausburgstr. 2; Wälf, Oberstr. 45; Wälf, Odenfeldstr. 20; Wälf, Kochstr. 81; Wälf, Weg, Tsaerstr. 24.

30. Abt. Heute Jahlabende. Im Hofen Dammplatz und Prenzlauer Allee, Lokal Reim, Heiterstr. 35. Im Hofen Schöneberger Allee und Dammplatz, Lokal Reim, Gormen-Edis-Str. 8. Vappellallee, Ughener Straße, Raumert- und Stargarder Straße, Lokal Wälf, Vappellallee 80. Referenten: Korbmann, Reim, Gormen.

37. Abt. Heute 7½ Uhr Jahlabend bei Koller, Eichenstr. 5, Kollmer, Rathenower Str. 74, und Koller, Reiter Str. 13/12.

Februarabend. Heute abend 7½ Uhr: Feindliche Genossenschaft im Dammplatz, Germaniastraße.

Januar. Mitgliederversammlung heute 8 Uhr. Vortrag des Gen. Wälf über: Schule, Staat und Kirche.

Karlshorst. In der Mitgliederversammlung am Donnerstag, 20., 7 Uhr, im Bürgerheim, Treppental 83, spricht Genosse Hermann Müller, W. d. R. und Vorsitzender des Wälfes, über das Betriebsabrechnungsjahr. Gegen Jahresabrechnung empfiehlt es sich, an diesem Abend die revidierenden Beiträge zu begleichen. Gelegentliches Zusammenkommen am Sonnabend, 21. Januar, 7 Uhr, im Bürgerheim.

Niederbarnhaken. Freitag, 20. Januar, 7½ Uhr, im Wilhelmshof, Kaiser-Wälf-Strasse, Generalversammlung des Wahlvereins.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Reichsbund der Kriegsbefehligen. Ortsgruppe Neudölln. Hilfs-Verein. 31. Jan. 9½ Uhr, in der Aula der Oberschule, Neudölln, Unter Str. 134—137, eine außerordentliche Generalversammlung ab. — Freie Turnerschaft Wilhelmschule-Schönhauder. Für die Eltern, deren Kinder benachteiligt die Schule verlassen, findet Donnerstag, 7½ Uhr, auf dem Turnplatz der freien Turnerschaft in der Wälfenstraße, am Freitag, 20. Januar, Vortrag des Gemeindeführers Max Schupard über „Verunsicherung“ statt.



